

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 23

**Rubrik:** Der Kommentar

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Polens Parteien ohne Profil

**Erstmals seit 53 Jahren konnten die Polen am 27. Oktober ein neues Parlament (Sejm) frei wählen. Die Wahlen waren ein weiterer wichtiger Schritt zur Demokratisierung des Landes. Sie belegen aber auch eine Politikmüdigkeit der Polen. Lediglich 40 % der Wahlberechtigten gingen zur Urne.**

Mehr als 20 Parteien ziehen ins Parlament. Aber keine Partei, keine politische Gruppierung konnte einen genügend grossen Anteil der Wählerstimmen auf sich vereinigen, um die Regierung alleine bilden zu können. Am besten schnitten noch die Demokratische Union, die aus der Solidarnosc-Bewegung hervorging, und die Demokratische Linke Allianz, die früheren Kommunisten, ab.

Wirtschaftslage ausschlaggebend

«Allem Anschein nach wird die Bildung einer beständigen Regierungskoalition sehr schwierig sein», folgerte unter anderem «Radio Polonia». Dem ist zuzustimmen. Zwar verfügt das gespaltene Solidarnosc-Lager über eine Mehrheit der Sejm-Mandate, aber weitgehend programmatische Unterschiede zwischen den aus der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangenen Parteien könnten die Wirtschaftsreformen bremsen. Und der Erfolg jeder künftigen Regierung wird von der Lösung der Wirtschaftsprobleme abhängen.

Die Wirtschaft ist in einem schlechten Zustand, obwohl es auch ermutigende Anzeichen einer Besserung gibt. Aber derzeit beträgt die Arbeitslosigkeit etwa 10 %, und die Inflationsrate dürfte sich bis Jahresende auf 80 % belaufen. Die Exporte gehen zurück, weil vor allem ein wichtiger Kunde, die Ex-Sowjetunion, ausgefallen ist. Sie hatte insbesondere Produkte aus der polnischen Lebensmittel-, Maschinenbau- und Textilindustrie importiert, die sie inzwischen nicht mehr bezahlen kann. Zudem sind die Auslandsinvestitionen in Polen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Neuwahlen im nächsten Jahr?

Der Ausgang der Wahlen ist enttäuschend – auch für die Polen selbst. So meinte Staatspräsident Lech Walesa: «Wir waren bei der Überwindung des sozialistischen Systems die

ersten unter den sowjetischen Satelliten; jetzt drohen wir mit unserem Wirrwarr auf den letzten Platz zurückzufallen.» Die Polen selbst sprechen von einem «Übermass an Demokratie», welches sich in einer Vielzahl von Parteien offenbare. So bewarben sich um die 460 Sejm-Sitze über 7000 Kandidaten aus mehr als 200 Parteien. Diese hatten den Wählern auch keine konkreten Programme vorgelegt, sondern Wunschträume. Zudem ist das Wahlsystem eine Mischung aus Proporz und Majorz, das die kleinen Parteien bevorzugt.

Denkbar ist jetzt eine Übergangsregierung, die Neuwahlen für nächstes Jahr vorbereiten wird. Voraussetzung dazu wäre allerdings, dass sich das Parlament zu einer Revision der Verfassung beziehungsweise des Wahlgesetzes durchringt. Die gegenwärtige Verfassung ist die revidierte kommunistische Verfassung von 1989. Für eine Revision wäre eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erforderlich. Gelingt es nicht, diese «Hürde» zu nehmen, könnte bei der polnischen Bevölkerung der Wunsch nach einer autoritären Lösung (Führung) wie Ende der zwanziger Jahre wachsen. *j. b.*

Zersplitterter Sejm

Ganze 40 % der polnischen Wahlberechtigten haben die Gelegenheit wahrgenommen, erstmals seit 53 Jahren ihr Parlament frei zu wählen. Dabei haben Vertreter von 20 Parteien im Parlament (Sejm) Einsitz genommen, wobei keine der Parteien eine regierungsfähige Mehrheit erreicht hat. Die meisten Stimmen erhielten folgende sieben Parteien:

Demokratische Union	12,14 %
Vereinigte Demokratische Linke	11,64 %
Bauernpartei	9,23 %
Katholische Wahlaktion	9,04 %
Zentrumsallianz	8,48 %
Konföderation Unabhängiges Polen	7,33 %
Liberaldemokratischer Kongress	7,14 %

Der Kommunismus in seiner praktischen Anwendung ist tot – und dort, wo er in den vergangenen Jahrzehnten praktiziert wurde, ist er auch «in den Köpfen» der Menschen gestorben. Unser Titelbild symbolisiert diesen Niedergang mit historischer Bedeutung und weltpolitischer Auswirkung.

In Russland, der Wiege des «real existierten Sozialismus», hat Präsident Jelzin eben erst das vollzogen, was längst in der Luft lag: das Verbot der Kommunistischen Partei. Und erstmals seit 1917 blieben am 7. November Moskaus Strassen leer – der Oktoberrevolution sollte nicht mehr offiziell gedacht werden. Statt dessen erhielt an jenem Tag Leningrad seinen alten Namen St. Petersburg zurück.

Doch die materiellen und immateriellen Trümmer, die der Kommunismus hinterlassen hat, müssen aufgeräumt werden. Es geht um die Vergangenheitsbewältigung, ohne die die Zukunft kaum zu bewältigen sein wird. Einen Vorgeschmack dessen, was den Menschen dort noch bevorstehen könnte, beschreibt Georg Bruderer in seinem Beitrag über den Niedergang der KPdSU und dessen Folgen.

Mit den Trümmern, die die alte Sowjetunion hinterlassen hat, befasst sich auch ein Zwischenbericht zur Lage in Afghanistan – jenem Land am Hindukusch, das derzeit in Vergessenheit zu geraten droht, von dem aus aber in einigen Jahren neuartige Gefahren auf uns zukommen könnten.

Ein Hoffnungsschimmer für die Zukunft dagegen sind die eben erst angelaufenen Friedensgespräche zwischen Israel und den arabischen Staaten. Dass sie möglich wurden, ist wohl auch auf die Beendigung des kalten Krieges zurückzuführen, die wiederum Folge der politischen Änderungen in der Sowjetunion in Richtung Demokratie und offene Gesellschaft ist.

Mit der Zukunft befasst sich schliesslich auch ein Beitrag unter der Rubrik Brückenschlag, der am Ende des demokratie-ethischen ersten Teils von Zeitbild zu finden ist. Da hat sich eine Stiftung in St. Gallen zum Ziel gesetzt, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten – wohl die einzige Möglichkeit, um längerfristig die Zukunft bewältigen zu können.

Monika Scherrer